

Bergkamen war für Alfred Gleisner wie eins seiner Kinder

„Bergkamen war wie ein Kind für ihn“, erzählt Ehefrau Elisabeth über den ersten Bergkamener Stadtdirektor Alfred Gleisner. Morgens, wenn er aufstand, habe er über die Stadt gesprochen, und auch noch abends beim Zubettgehen. Dass das Kind eines ihrer Väter durch die Benennung des Alfred-Gleisner-Platzes würdigt, hätte ihn sehr gefreut.



Elisabeth Gleisner kommt am Mittwoch nicht allein zur Enthüllung der neuen Schilder. Begleitet wird sie von Sohn Horst, Tochter Monika und Schwiegertochter Katharina, als Bürgermeister Roland Schäfer symbolisch eines der Schilder enthüllt. Vor allem die jüngeren

Bergkamener sollen so angeregt werden, nachzufragen: „Wer war eigentlich Alfred Gleisner?“

Als der für die damaligen Gemeinden Bergkamen, Rünthe und Overberge zuständige Amtsbürgermeister in Pelkum stellte er zusammen mit seinem Freund, dem Landrat des Kreises Unna Hubert Biernat, die entscheidenden Weichen für deren Zusammenschluss mit Weddinghofen, Oberaden und Heil zu einer großen Stadt. Als dies geschafft war (Nur Overberge ließ sich etwas mehr Zeit.) wurde er selbst Bergkamener Verwaltungschef. Dabei erledigte er nicht nur ein großes Arbeitspensum, sondern hat auch Weitblick bewiesen, wie sich Beigeordneter Horst Mecklenbrauck erinnert. Mecklenbrauck wie auch Manfred Turk gehörten 1966 zu den jungen Mitarbeitern Gleisners. Damals hat er ihnen erklärt: „Ihr habt den Marschall-Stab in euren

Tornistern.“ Mecklenbrauck war damals noch nicht ganz klar, was Gleisner mit diesem militärischen Sprachgebrauch ausdrücken wollte. Den nächsten Aufstieg in der Beamtenhierarchie vielleicht? Heute ist das klar: Beide gehören dem Bergkamener Verwaltungsvorstand an.



Überschattet wird die Enthüllungsfeier durch einen Vorfall, der sich in einer der Nächte davor ereignet haben muss. „Da hat sich doch jemand an das Schild gehängt und mutwillig verbogen“, ärgert sich Stadtarchivar Martin Litzinger. Das Schild muss jetzt repariert

werden und die Enthüllung wurde von der Ebertstraße in die Nähe des Parkplatzes gegenüber der St. Elisabeth-Kirche verlegt. Dieser Parkplatz gehört übrigens nicht zum Alfred-Gleisner-Platz. Auch nicht die Gebäude an der Ost- und Westseite. Sie behalten ihre alte Adresse „Am Stadtmarkt“.

Martin Litzinger hatte im Vorfeld eine Menge über das Leben Alfred Gleisners zu Papier gebracht. Er schreibt:

„Alfred Gleisner war einer der „Gründungsväter“ der Stadt Bergkamen. Vom 1. Januar bis zum 14. Juni 1966 war er der erste Gemeindedirektor der Großgemeinde Bergkamen, seit dem 14. Juni 1966 (Verleihung der Bezeichnung „Stadt“) bis zu seiner Pensionierung im Juni 1973 dann erster Stadtdirektor der neu entstandenen Stadt Bergkamen.

Während seiner Amtszeit hat sich Alfred Gleisner stets mit sehr hohem und weit über dienstliche Pflicht hinausgehendem persönlichem Engagement für die Belange und Interessen der jungen Stadt Bergkamen und ihrer Bürgerinnen und Bürger eingesetzt.

Alfred Gleisner wurde am 19. Juni 1908 in Kamen geboren. Er

entstammte einer Bergmannsfamilie und war nach Schulbesuch und bergmännischer Lehrzeit zunächst auch als Bergmann berufstätig.

Begünstigt durch eigene Fort- und Weiterbildung konnte Gleisner 1928 einen neuen Berufsweg einschlagen. Er trat in den preußischen Polizeidienst ein und wurde nach Absolvierung der Kriminalpolizeischule in Potsdam 1932 Inspektor im polizeilichen Sicherheitsdienst.

Nach dem Regierungsantritt durch die Nationalsozialisten musste er 1933 den Polizeidienst allerdings verlassen, weil er aktives Mitglied des demokratisch gesinnten republikanischen Polizeibeamtenverbandes war und den neuen Machthabern deshalb als politisch unzuverlässig galt.

Gleisner arbeitete dann für Versicherungen, als Organisationsleiter verschiedener Gesellschaften und schließlich kaufmännisch als Geschäftsführer einer Firma in Frankfurt. Während des Krieges war Gleisner als Offizier zunächst im Frontdienst eingesetzt, nach einer schweren Verletzung dann im Stabsdienst.

Geprägt vom Erleben von NS-Diktatur und Krieg entschied sich Alfred Gleisner schon sehr bald nach Kriegsende für ein politisches Engagement. Er trat in die SPD ein und war von 1946 bis 1959 hauptamtlich als Parteisekretär des SPD-Unterbezirks tätig. Ein besonderes Anliegen war es ihm insbesondere während der ersten Nachkriegsjahre, die durch Nationalsozialismus und Krieg desillusionierten jungen Menschen für die Demokratie zu gewinnen. Er setzte sich aber auch aktiv gegen die von den Alliierten geplante Demontage des „Chemischen Werke Bergkamen“ ein. Wäre dies letztlich nicht gelungen, sähe Bergkamen ganz anders aus. Näheres dazu gibt es hier.

Wichtige politische und parlamentarische Erfahrungen sammelte Gleisner schon sehr früh im Rat der Stadt Unna, im Kreistag

des Kreises Unna und als Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen, in dem er stellvertretender Vorsitzender des Rechts- und des Justizausschusses besondere Verantwortung trug.

Am 14. August 1949 wurde Alfred Gleisner als Abgeordneter in den ersten Deutschen Bundestag gewählt. Hier fand er ein wichtiges neues Betätigungsfeld in den Ausschüssen „Innere Verwaltung“ und „Schutz der Verfassung“.

Bis 1959 gehörte Alfred Gleisner ohne Unterbrechung dem Deutschen Bundestag an. Zwei Jahre vor dem Ende seiner dritten Legislaturperiode legte er im April 1959 auf eigenen Wunsch sein Mandat nieder, um sich von nun an ganz der Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik widmen zu können, nachdem er bereits 1958 Amtsdirektor des Amtes Pelkum geworden war.

Gleisner, für den Kommunalpolitik nach eigener Auffassung stets die gleiche Bedeutung wie Landes- und Bundespolitik hatte, war davon überzeugt, dass der Wunsch nach besserem Leben und größerer Gemeinsamkeit am ehesten durch und in der gemeindlichen Selbstverwaltung zu erfüllen sei.

Er wusste zugleich aber auch von der Leistungsschwäche vieler Gemeinden, die in ihrer Kleinteiligkeit und mit ihren veralteten Strukturen den Anforderungen der neuen Zeit nicht mehr gewachsen waren und ihr nicht mehr gerecht werden konnten.

So wurde Gleisner gemeinsam mit seinem Freund Hubert Biernat, Landrat des Kreises Unna und später Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, zu einem Vorkämpfer einer dringend notwendigen allgemeinen Neuordnung der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen.

Lange vor der allgemeinen kommunalen Neugliederung in Nordrhein-Westfalen warb und wirkte Gleisner tatkräftig – gleichsam als Modellfall für die Zukunft – für den

politischen Zusammenschluss der Gemeinden Bergkamen, Oberaden, Weddinghofen, Rünthe, Heil und Overberge zu einem neuen Gemeinwesen, dies aber nicht „von oben herab“ durch den Federstrich einer Behörde oder des Gesetzes, sondern freiwillig „von unten“ auf der Basis verantwortungsbewusster Mitgestaltung durch Gemeinderäte und Bürger.

Vor diesem Hintergrund war es dann schließlich nur folgerichtig, dass Alfred Gleisner nach der Bildung der Großgemeinde und späteren Stadt Bergkamen die Leitung der Amtsverwaltung Pelkum abgab und als Verwaltungschef in Bergkamen gemeinsam mit dem Bürgermeister und dem Rat der Stadt die schwierige und überaus wichtige erste Aufbauphase des neuen Gemeinwesens leitete.

Das Ziel der Wahrung und Förderung kommunaler Interessen und Belange verfolgte Gleisner aber auch überregional. So gehörte er zu dem Personenkreis, der den Zusammenschluss des nordrhein-westfälischen Städtebundes und des Gemeindetages herbeiführten. Er wurde Gründungspräsident des neuen Städte- und Gemeindebundes Nordrhein Westfalen und gehörte überdies auch dem Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes an.

Am 30. Juni 1973 trat Bergkamens erster Stadtdirektor Alfred Gleisner in den Ruhestand.

Für seine gesamte politische Tätigkeit und seine Verdienste um die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wurde Alfred Gleisner 1973 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, die Stadt Bergkamen verlieh ihm in Anerkennung und Würdigung seines tatkräftigen und unermüdlichen Wirkens zum Wohle der jungen Stadt als bis heute einzigem Träger dieser Würde die Ehrenbürgerschaft.

Alfred Gleisner starb am 15. Februar 1991 in Unna.“

Holger Lachmann aus Ratingen soll am 1. Dezember die Nachfolge von Bernd Wenske im Rathaus antreten

Das Personalkarussell dreht sich im Bergkamener Rathaus. Als Erster soll Holger Lachmann aufspringen und am 1. Dezember dieses Jahres die Nachfolge des Beigeordneten Bernd Wenske antreten.



Der 33-jährige Volljurist und Bankkaufmann aus Ratingen hatte sich am Dienstag zusammen mit den vier Mitbewerbern, eine Frau und drei Männer, den Fraktionen vorgestellt. In der SPD-Fraktion hinterließ Lachmann den stärksten Eindruck. „Die Fraktion hat sich einstimmig für

ihn ausgesprochen“, berichtet Fraktionsvorsitzender Gerd Kampmeyer.

SPD hat sich auf ihn festgelegt



Holger Lachmann

Geplant ist, dass der Stadtrat in seiner Sitzung am 11. Juli den Nachfolger für Bernd Wenske wählen soll. Offen ist zurzeit noch, ob Holger Lachmann nur mit den Stimmen der SPD ins Amt gehoben wird. Die würden dafür allerdings auch genügen. Die CDU, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP wollen die Kandidatenfrage noch ein Mal fraktionsintern diskutieren und sich dann entscheiden.

Holger Lachmann ist zurzeit Referent des Vorstandsvorsitzenden und des Aufsichtsratsvorsitzenden der Sparkasse Köln-Bonn. Einen Teil seiner künftigen Aufgabenfelder als Beigeordneter kennt er hauptsächlich von der politischen Seite. Er ist für die SPD Mitglied des Kreistags des Kreises Mettmann und dort als Mitglied im Gesundheits- und Sportausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss sowie im Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz tätig. In Ratingen engagiert er sich als sachkundiger Bürger.

Sein **Lebenslauf** enthält folgende Angaben:

11. November 1979 geboren in Essen, 1985 Umzug von Essen nach Ratingen

1986 bis 1990 Besuch der Matthias-Claudius-Grundschule in Ratingen-Breitscheid

1990 bis 1999 Besuch des Kopernikus-Gymnasiums im Schulzentrum Ratingen-Lintorf

1999 Allgemeine Hochschulreife

1999 bis 2000 Ableistung des Grundwehrdienstes in Diez a.d. Lahn und Düsseldorf

1999 – 2003 Teilzeitstudium der Wirtschaftswissenschaft an der FernUniversität Hagen

2000 bis 2002 Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Hauptverwaltung Düsseldorf der Deutschen Bundesbank

2002 bis 2007 Studium der Rechtswissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität

Alfred-Gleisner-Platz wird am Mittwoch offiziell eingeweiht

Bürgermeister Roland Schäfer wird am Mittwoch, 19. Juni, um 11 Uhr an der Ebertstraße vor der Stadtbibliothek gemeinsam mit der Familie Gleisner sowie Vertreter von Rat und Verwaltung die offizielle Einweihung des „Alfred Gleisner-Platzes“ durch feierliche Enthüllung der entsprechenden Beschilderung vornehmen.



Bergkamens
erster
Stadtdirektor
Alfred Gleisner

Alfred Gleisner ist der bisher einzige Ehrenbürger der Stadt Bergkamen. Er war ihr erster Stadtdirektor und hat sich davor für die Bildung des heutigen Bergkamens aus sechs ehemals selbstständigen Gemeinde eingesetzt.

Am Mittwoch wäre Alfred Glesner 105 Jahre geworden. Er wurde am 19. Juni 1908 in Kamen geboren. Er starb am 5. Februar 1991 in Unna.

Friedrich Ostendorff macht auch beim Grünen-Parteitag mobil gegen Kik & Co.

Mitte Mai hatte der Grünen-Bundestagsabgeordnete aus Bergkamen Friedrich Ostendorff zusammen mit Parteifreunden und Mitgliedern der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi vor der Zentrale des Bönener Textil-Unternehmens Kik demonstriert.

Anlass war der Einsturz einer Textilfabrik, durch den über 1000 Menschen ums Leben kamen.



Friedrich Ostendorff begründet bei der Landesdelegiertenkonferenz den Antrag „KiK und Co zur Verantwortung ziehen – Ausbeutung und Gefährdung von Leben beenden!“

Bei der Landesdelegiertenkonferenz der Grünen in Hamm an diesem Wochenende hatte Ostendorff mit anderen den Antrag „KiK und Co zur Verantwortung ziehen – Ausbeutung und Gefährdung von Leben beenden!“ zu diesem Thema vorgelegt, der von den Delegierten verabschiedet worden ist. Eine ihrer Forderungen ist, dass die Unternehmen, die aus Bangladesch Waren beziehen, einen Nothilfefonds einrichten sollen. Die Grünen fordern aber auch „die Einführung einer Unternehmensstrafbarkeit, die ein Unternehmen haftbar macht, wenn es seine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht verletzt.“

Der genaue Wortlaut des Antrages ist hier dokumentiert:

„Im April ist in Bangladesch (Savar) erneut eine große Textilfabrik eingestürzt. Über 1000 Menschen kamen in den Trümmern ums Leben; ca. 2000 Arbeiterinnen und Arbeiter wurden verletzt. Ähnliche Tragödien haben sich bereits im November (Bangladesch) sowie im August (Pakistan) 2012 ereignet. Wieder war es u.a. die international agierende Textilfirma KiK mit

ihrer Europa Unternehmenszentrale in Bönen/NRW, die an diesem Ort hat produzieren lassen.

Lange hat die Unternehmensführung ihre Beteiligung geleugnet, musste dann aber aufgrund der erdrückenden Faktenlage scheinbar eingestehen, dass in Savar Kleidung für KiK gefertigt wurde. KiK und Co bauen ihr "Hauptsache billig"-Geschäftsmodell auf ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen in armen Ländern wie Bangladesch, Kambodscha oder Thailand auf. 70 Stunden Wochen, fehlender Urlaubsanspruch, katastrophale Arbeitsbedingungen prägen den Alltag von vielen tausend FabrikarbeiterInnen in diesen Ländern. Spricht man Textilunternehmen wie KiK auf ihre Verantwortung für die Arbeitsbedingungen an, wird darauf verwiesen, dass man die Ware von Subunternehmen bezogen habe und auf die Arbeitsverhältnisse dort keinerlei Einfluss habe. Gleichzeitig versucht sich KiK als sozial vorbildliches Unternehmen zu profilieren, indem es in einem „Code of Conduct“ seine Unternehmensverantwortung auch in den Erzeugerländern betont. Das ist eine heuchlerische Unternehmenspolitik, die sich in Wirklichkeit ihrer Verantwortung gerade nicht stellt.

Wir stellen fest: KiK und Co (Primark, H&M, Bennetton) tragen Verantwortung für die Arbeitsbedingungen entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette. Diese Verantwortung klagen wir ein.

Wir fordern:

- Eine mögliche finanzielle Förderung des Landes darf nur Unternehmen gewährt werden, die nachweisen können, dass entlang ihrer gesamten Produktions- und Lieferkette verbindliche Mindeststandards (z.B. OECD-Leitlinien) bei Arbeitsbedingungen, Arbeitsschutz und Gebäudesicherheit eingehalten werden,*
- die Einrichtung eines Nothilfefonds der Unternehmen, die mittelbar oder unmittelbar Textilien aus Bangladesch bezogen*

haben gemäß der von bangladeschischen Gewerkschaften und der internationalen Gewerkschaftsvereinigung IndustriALL entwickelten Standards

- die Kopplung von staatlichen Anreizsystemen (Exportkreditgarantien, Handels- und Investitionsabkommen) mit einer menschenrechtlichen Risikoanalyse und Folgenabschätzung*
 - die Verpflichtung von Unternehmen zu einer jährlichen Berichterstattung über die Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf Menschen und Umwelt in der gesamten Zulieferkette*
 - eine gesetzliche Grundlage für eine transparente Kennzeichnung der Herstellungsländer von Kleidung.*
 - die Einführung einer Unternehmensstrafbarkeit, die ein Unternehmen haftbar macht, wenn es seine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht verletzt.“*
-

Genossen sehen Film zum 150-jährigen Bestehen der SPD

Die SPD feiert zurzeit ihr 150-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass laden die Werner Sozialdemokraten und der Unterbezirk am kommenden Samstag zu einem Filmabend in das Kino der Nachbarstadt ein.

„Wenn Du was verändern willst“ heißt der 88-minütige Film. Zeitzeugen wie Helmut Schmidt, Hans-Jochen Vogel, Renate Schmidt und viele andere lassen die Geschichte von 150 Jahren SPD lebendig werden.

Zur Vorführung des Films im Kino Werne laden der Unterbezirk Unna und der Ortsverein

Werne a.d. Lippe alle Mitglieder, Freunde und interessierten

Bürgerinnen und Bürger

herzlich ein am Samstag, 22. Juni, Capitol-Cinema-Center, Alte Münsterstraße 2.

Einlass ab 10.30 Uhr, Beginn der Veranstaltung um 11 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Im Anschluss gemeinsamer Ausklang bei Snacks und Getränken im Kino-Foyer.

Bergkamen bleibt die Stadt der Spielhallen – erst einmal

Nirgendwo im Kreis Unna ist die Spielhallendichte höher als in Bergkamen. Nirgendwo wird mehr gezockt. Über 5 Millionen Euro (!) landen jährlich in den Bergkamener Geldautomaten.

Mit diesen Zahlen schockte im vergangenen November Jürgen Trümper vom „Arbeitskreis gegen Spielsucht Unna“ die Bergkamener Politiker. Und die Botschaft kam an.

„Diese Informationen haben uns augerüttelt“, sagt SPD-Fraktionschef Gerd Kampmeyer. Schon im Dezember habe man in Bergkamen über ein Handlungskonzept diskutiert, um die Automatenflut und damit auch die Spielsucht-Gefahr einzudämmen. Denn die regelmäßigen und leidenschaftlichen Spieler hätten, so Trümper, oft Schulden im fünfstelligen Bereich.

Der neue Glücksspieländerungsstaatsvertrag (er heißt wirklich so) spielte den Bergkamener Politikern in die Karten. „Er hilft uns, unsere Ziele umzusetzen“, sagt Kampmeyer.

So ist unter jetzt anderem gesetzlich geregelt, dass zwischen einzelnen Spielhallen 350 Meter Abstand liegen müssen. Der gleiche Abstand gilt etwa auch zu Kindergärten oder Schulen.

Eine farbige Karte des Bergkamener Stadtgebietes, auf der alle Spielhallen mit einem Radius von 350 Metern eingezeichnet sind, schockt. Es bleiben kaum noch weiße freie Flächen übrig.

Das soll sich durch den neuen Staatsvertrag ändern. Der garantiert allerdings noch einen Bestandsschutz bis 2017. „Dann regelt sich manches von selbst“, sagt Kampmeyer. Einen juristischen Clinch mit dieser starken Geld-Lobby wolle die Stadt Bergkamen vorher der 2017-Frist nicht anstreben. Und die Eröffnung neuer Spielhallen wird schon vorher sehr schwierig.

Mögliche finanzielle Interessen der Stadt Bergkamen weist Kampmeyer allerdings empört und weit von sich. Trümper hatte kritisiert, dass die Stadt Bergkamen jedes Jahr über 600.000 Euro an Vergnügungssteuer kassiert. Trümper räumte allerdings auch ein, dass ein möglicher Kampf gegen Spielautomaten längst nicht allein das Problem der Spielsucht eindämmen könne. Dazu sei das „Konkurrenz-Angebot“ im Internet, etwa bei Pokerspielen, längst zu mächtig.

Claudia Behlau

Immer noch nutzen zu wenige Eltern das Bildungs- und Teilhabepaket

Gerade Kinder von Familien, die von Hartz IV, Wohngeld und anderen Sozialleistungen leben müssen, benötigen zusätzliche finanzielle Unterstützung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes, die ihnen zum Beispiel die Teilnahme an einer Klassenfahrt, am Schulessen, an einer Nachhilfe oder die Mitgliedschaft in einem Sportverein ermöglichen.



Doch 40 Prozent der rund 9 Millionen Euro, die für die über 20000 anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen im Kreis Unna zur Verfügung stehen, werden nicht abgerufen. Damit stehe der Kreis im Landesvergleich gut da, betont Norbert Diekmännken, der Leiter des Fachbereichs Arbeit und

Soziales beim Kreis Unna. Wesentlich besser sehe es in Bergkamen aus. Die Antragszahlen hier lägen an der Spitze der Städte und Gemeinden im Kreis und auch über denen der einwohnerstärksten Stadt Lünen. Dies sei das Ergebnis der hervorragenden Beratungstätigkeit im Bergkamener Job Center und in der Wohngeldstelle der Stadt Bergkamen.

Doch auch in Bergkamen beantragen viele Eltern kein Geld aus dem Paket. Hier will der Kreis Unna jetzt nochmals in die Offensive gehen. Als ein wichtiges Ziel formuliert Diekmännken, dass mehr Schüler in den Genuss von Nachhilfeunterricht kommen. Anfänglich gab es hier nur Geld, wenn die Versetzung gefährdet ist. Inzwischen können Mittel für Nachhilfe auch abgerufen werden, wenn damit das „Lernniveau“ der Kinder und Jugendlichen gehoben werden kann, wenn also statt einer 4 auf dem Zeugnis eine 3 stehen soll. „Jugendliche mit einem guten Schulabschluss erhalten so die Chance auf einen Ausbildungsplatz und danach auf ein gesichertes Einkommen. Wir wollen so erreichen, dass mehr Menschen aus dem Bezug von Sozialleistungen herauskommen“, betont Diekmännken.

Damit dies auch die Eltern erreicht, hat der Kreis Unna nicht nur ein kleines Infoblatt herausgegeben, das die Eltern bei ihrem Besuch im Jobcenter vom Berater erhalten. Gedruckt ist auch eine Broschüre für Lehrer und andere pädagogische Fachkräfte, durch die sehr detailliert über die Leistungen des

Bildungs- und Teilhabepakets aufgeklärt wird. Jetzt haben auch die Bergkamener Schulen das Angebot vom Kreis erhalten, dass seine Mitarbeiter in Elternstand oder bei Schulfesten über das Bildungs- und Teilhabepaket informieren.

Was?	Wer Für wen?			Wieviel?	Voraussetzung	Wie?	
	Kinder in KiTa Kindertagespflege	SchülerInnen unter 25 Jahren *	Kinder u. Jugendl. bis 18 Jahren				
Schulbedarf		✓		100 € pro Schuljahr (70 € zum 1.8., 30 € zum 1.2.)	Besuch einer allgemein- berufsbildenden Schule; Alter unter 25 Jahren	Kein Antrag **)	Überweisung der Geldleistung
Ausflüge	✓	✓		Tatsächliche Kosten der Ausflüge in voller Höhe	Fahrten und Ausflüge, die von einer Schule oder KiTa veranstaltet werden	Auf Antrag	Kostenübernahme durch Abrechnung mit Träger oder Anbieter
Schülerfahrten		✓		Kosten, die nicht durch Andere oder den Eigenanteil gedeckt sind	Besuch einer allgemein- berufsbildenden Schule; Alter u. 25 Jahren; Kosten werden bislang nicht übernommen	Auf Antrag	Überweisung der Geldleistung
Lernförderung Nachhilfe		✓		Angemessene, ortsübliche Kosten für Lernförderung in voller Höhe	Bescheinigung der Schule, dass die Förderung zur Erhöhung des Lernniveaus erforderlich ist	Auf Antrag	Kostenübernahme durch Abrechnung mit Träger oder Anbieter
Mittagessen + Hort	✓	✓		Kosten für Mittagessen, aber 1 € Eigenanteil	Gemeinschaftliches Mittagessen in Kindertageseinrichtung Hort Schule	Auf Antrag	Kostenübernahme durch Abrechnung mit Träger oder Anbieter
Sport und Kultur	✓		✓	max. 10 € pro Monat. Budget kann angespart werden	Kinder und Jugendliche bis unter 18 Jahren	Auf Antrag	Kostenübernahme durch Abrechnung mit Träger oder Anbieter

Die Möglichkeiten zum Mitmachen für Kinder und Jugendliche

*) An allgemein und berufsbildenden Schulen | **) Bei Wohngeld- und Kinderzuschlag ist ein Antrag nötig | ***) Hort bis 31.12.2013

Zechenbrache Grimberg 3/4 ist Endstation für viele lästige Katzen

Das Gelände der ehemaligen Schachanlage Grimberg 3/4 in Weddinghofen hat ein von der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbeachtetes Leben entwickelt. Dort tummeln sich jede Menge herrenloser Katzen und die Brachfläche ist ein beliebter Anlaufpunkt geworden für Menschen, die ihren Stubentiger los

werden wollen.



Eine vom Tierschutzverein Kamen am Seniorenhaus Sophia in Weddinghofen eingefangene Katze.

Aktiv sind dort aber auch Sabine Fleßenkämper und ihre Mitstreiter vom Tierschutzverein Kamen. Regelmäßig kommen sie und fangen dort Katzen ein. Damit das auch bei den bereits verwilderten Tieren gelingt, die Menschen nicht ohne Weiteres mehr an sich heranlassen, haben sie auf Grimberg wie an zehn weiteren Plätzen im Stadtgebiet Futterplätze eingerichtet. Die Tiere sollen so Vertrauen gewinnen. Dabei ahnen die Miezen nicht, was ihnen blüht. Sind sie in die Fänge der Tierfreunde geraten, werden sie zu einem Tierarzt gebracht und von ihm kastriert.

Ein sicheres Indiz dafür, dass Katzen auf Grimberg gezielt ausgesetzt werden, sind die neun Transportkörbe, die für Sabine Fleßenkämper die neun Transportkörbe, die sich ebenfalls auf dem Gelände befanden. Die Gründe fürs Aussetzen sind ihrer Erfahrung nach recht unterschiedlich. Das können vorher nicht bekannte Katzenallergien sein. Die Kosten, eine Katze zu halten, spielen oft auch eine große Rolle, besonders dann, wenn die Weibchen Junge erwarten und die dann später ebenfalls durchgefüttert werden müssen.

Der Verein hofft, durch die Unterbrechung der

Fortpflanzungskette einen Beitrag gegen eine Überpopulation verwilderter Katzen zu leisten. Wie viele dieser Katzen in Bergkamen leben wissen sie nicht und das mag auch der für das Ordnungswesen der Stadt zuständige Beigeordnete Bernd Wenske zu sagen. Sicher ist aber für ihn, dass sich diese Schmusekatzen auf sich allein gestellt zu Raubtieren entwickeln, die, nehmen sie überhand, schnell das Gleichgewicht in der Natur in Schief lagen bringen können. Vögel und deren Nachwuchs, die auf dem Boden ihre Kinderstuben einrichten, sind hier besonders gefährdet.

Stadt verteilt Info-Faltblatt flächendeckend



Eine weitere vom Tirschutzverein eingefangene Katze.

Im vergangenen Jahr glaubte die FDP, mit einem von der Stadt verordneten Kastrations- und Kennzeichnungszwang für alle Katzen, die sich als sogenannte Freigänger außerhalb von Wohnungen und Häusern bewegen, dieser Lage Herr zu werden. Dieses Verlangen hat eine heftige kontroverse Diskussion ausgelöst. Das Ergebnis ist jetzt ein Informations-Faltblatt, das die Stadt in Kürze haushaltsdeckend an die Bürger verteilen wird. Vor allem wird hier an das Verantwortungsbewusstsein der Katzenhalter appelliert, ihre vierbeinigen Lieblinge Kastrieren und durch einen Chip

kennzeichnen zu lassen.

Was die Stadt offensichtlich nicht tun wird, ist, den Tierschutzverein wie das Kreistierheim finanziell zu unterstützen. Die Verantwortung liege hier eindeutig bei den Haltern und nicht bei der Stadt, betont Bernd Wenske. Rund 20000 Euro benötige der Tierschutzverein allein, um die Tierarztkosten für die Kastrationen zu begleichen, erklärt Sabine Fleßenkämper. Rund 200 Tiere werden pro Jahr an diesen Futterstellen eingefangen. Diese Futterstellen werden übrigens von Wenske sehr kritisch betrachtet, weil sie seiner Meinung nach der Überpopulation Vorschub leisten. Anders sieht das die Tierschützerin: Ohne diese Futterstellen sei kein Herankommen an verwilderte Katzen, betont sie.

Weitere Infos zum Tierschutzverein Kamen sowie Angaben zum Spendenkonto und den Möglichkeiten, den Verein zu unterstützen, gibt es [hier](#).

Windräder auf der Halde? Diskussion geht weiter

Bekommt Bergkamen neue Windräder? Und wo werden sie aufgestellt? Tatsächlich auf der Halde – oder zumindest am Fuß der Halde? Oder ganz woanders? Die SPD-Fraktion ist sich nicht einig.



Mehr als ein Windrad ist auf dem Galgenberg in Overberger nicht möglich.

„Die Meinungen bei uns sind sehr konträr“, sagt SPD-Fraktionschef Gerd Kampmeyer. Doch die SPD-Fraktion einigte sich jetzt auf einen Kompromiss. Und der folgt einem Gutachten und heißt Chemie-Gelände (ehemals Schering). Die Halde dagegen bleibt tabu. Zumindest zurzeit.

Ein von der Stadt Bergkamen beauftragter Gutachter meint, dass als Windkonzentrationsfläche die Randbereiche des Chemieparks optimal seien. Das Problem: Das Gelände ist Privateigentum. Ohne die Genehmigung des Bayer-Konzerns kann dort niemand ein Windrad oder gar einen ganzen Windpark (mindestens drei Windräder) errichten.

Immerhin: Gespräche mit der Bayer AG wurden von der Stadtverwaltung mittlerweile aufgenommen.

Für Kampmeyer ist das große Interesse an solchen Windrädern nachvollziehbar. „So ein Windrad soll in 20 Jahren rund 3 Mio. Euro an Ertrag abwerfen.“

Auch die heimischen Stadtwerke GSW sind deshalb interessiert. Für Kampmeyer wäre ein GSW-Windrad in Bergkamen ein gutes

Modell – eine Art moderner Bürgerbeteiligung. „Vom Gewinn würden alle GSW-Kunden auf ihrer Strom- oder Gasrechnung profitieren.“

Und wenn die Bayer AG ablehnt?

Erst wenn der Chemieriese die Idee ablehnt, will die SPD-Fraktion sich mit weiteren möglichen Stellflächen für Windräder beschäftigen.

Allerdings sind darunter keine großen Flächen mehr für ganze Windparks. „Wir reden dann von Einzelfallentscheidungen“, sagt Kampmeyer, also von allein stehenden Windrädern. Etwa am Sesekeknies (Stadtgrenze Lünen) oder tatsächlich am Fuß der Halde.

Diese beiden Flächen sind aber – wie Bayer – in Privatbesitz. Und gerade bei der attraktiven Halde, dem beliebten Freizeitgebiet, wehren sich einige Genossen mit Händen und Füßen, während sich andere an dieser Stelle durchaus ein künstlerisch blau angestrahltes Windrad vorstellen könnten.

Chefstelle im Rathaus wird besetzt

Bergkamen bekommt in Kürze einen neuen Beigeordneten. Oder eine neue Beigeordnete. Für die Hierarchie-Ebene direkt unter dem Bürgermeister fällt am kommenden Dienstag eine Vorentscheidung. An diesem Tag gibt es fünf Vorstellungsgespräche.



Insgesamt 20 Interessierte sind nach der Ausschreibung der in Kürze frei werdenden Stelle bei der Stadtverwaltung vorstellig geworden. „Es waren sehr gute Bewerbungen“, kommentiert SPD-Ratsherr Franz Herdring. Er ist wie die übrigen Mitglieder des Rates in die Auswahl eingebunden. Denn die SPD und natürlich auch die anderen Fraktionen wählen den neuen Beigeordneten. Oder die neue Beigeordnete. Denn unter den „letzten Fünf“, die nach einer ersten Sichtungsrunde weiter gekommen sind, ist auch eine Frau.

Oft war in den vergangenen Jahren die Frauenquote im Rathaus bemängelt worden. Zwar gibt es ausreichend weibliche Angestellte bei der Stadtverwaltung. Doch auf der Führungsebene war weit und breit keine Frau in Sicht. Die Realität besteht derzeit aus dem Bürgermeister, drei männlichen Beigeordneten und einem Fachdezernenten. Doch nun kommt Bewegung in dieses eingespielte Quintett. Zwangsläufig. Beigeordneter Bernd Wenske (65) scheidet in Kürze aus Altersgründen aus. Der Nachfolger oder die Nachfolgerin dürfte am Dienstag feststehen.

„Wir gehen davon aus, dass wir und auch die anderen Fraktionen dann einen oder zwei Favoriten ausmachen werden“, sagt SPD-Fraktionschef Gerd Kampmeyer.

Schon jetzt könne man sagen, dass man erfreut über die gute Qualität aller 20 Bewerber sei, so Kampmeyer. Lediglich die Tatsache, dass nicht jede(r) die Befähigung zum Richteramt vorweisen konnte, war in vielen Fällen ein Ausschlusskriterium. „Aber einen zweiten Juristen (neben dem Bürgermeister) brauchen wir im Rathaus“, sagt Herdring.

Gerne hätte man sich bei den Bewerbern auch mehr Frauen gewünscht, sagt Kampmeyer. Aber der Frauenanteil sei nicht sehr hoch gewesen.

Am Dienstag werden sich die fünf Kandidaten, die in die „Endrunde“ gekommen sind, jeweils in den Fraktionen vorstellen. Ein Marathon für die Bewerber. Die Favoriten, die nach diesen Gesprächen übrig bleiben, werden in die Ratssitzung im Juli eingeladen und dort auch gewählt.

Claudia Behlau

Bürgermeister Roland Schäfer will bis 2020 weitermachen

Roland Schäfer will's noch mal wissen. Der 63-Jährige wird ein weiteres Mal als Bürgermeister für die Stadt Bergkamen kandidieren. Amtszeit: 2014 bis 2020. Pfiffige Rechenkünstler haben es bereits herausgefunden: Zum Ende seiner Amtszeit wird Schäfer 70 Jahre alt sein.



SPD-Stadtverbandsvorsitzender Bernd Schäfer (l.) und Bürgermeister Roland Schäfer. (Foto: Claudia Behlau)

Sein Kommentar dazu: „Na und. Ich bin kerngesund.“ Noch nicht einmal erhöhte Cholesterinwerte habe sein Arzt bei ihm feststellen können. Deshalb hat er bislang nie über sein Alter nachgedacht. Für ihn stand immer fest, dass er gerne noch eine Amtszeit weiter machen möchte, sagt der Bürgermeister. Der SPD-Stadtverband hat dann den Ausschlag gegeben. Der ist in Form des SPD-Vorsitzenden Bernd Schäfer (nicht verwandt und nicht verschwägert) auf ihn zugekommen und hat ihn gefragt, ob er (Roland Schäfer) noch ein weiteres Mal als Bürgermeister für die SPD ins Rennen gehen wolle. Und er wollte.

„Ich habe das natürlich gründlich mit meiner Frau und meinen beiden Kindern besprochen“, sagt Roland Schäfer. Ein Veto gab es nicht, aber Bestärkung. Und es ist ja noch viel zu tun: die Wasserstadt, die weitere Entwicklung der Innenstadt. Es sprudelt aus Roland Schäfer nur so heraus bei der Pressekonferenz am Dienstag, bei der er und sein Namensvetter die Entscheidung bekannt geben.

Die SPD will ihn offiziell im November nominieren – ohne Gegenkandidaten. Das letzte Wort haben dann die Bergkamener Bürger am 25. Mai 2014. Bis dahin will Roland Schäfer um jede Wählerstimme werben. „Denn ich bin und werde weiterhin ein Bürgermeister für alle Bürger sein, ein Bürgermeister zum Anfassen. Ich mache keine Parteipolitik. Aber es darf jeder wissen, dass ich Sozialdemokrat bin.“

Die Sozialdemokraten hören es gerne. SPD-Chef Bernd Schäfer: „Wir sehen die Kandidatur von Roland Schäfer sehr sehr positiv. Über die Eignung muss man wohl gar nicht diskutieren. Jeder in unserer Partei ist an dieser neuerlichen Kandidatur interessiert.“

Das ist leicht nachvollziehbar. Der Name Roland Schäfer war bislang immer ein Garant für einen Wahlsieg. Der Mann, der seit 1989 (!) an der Spitze der Stadt Bergkamen steht, holte bei der letzten Kommunalwahl 65,3 Prozent der Stimmen.

Es gilt als bürgernah. Aber es ist es auch. Denn eigentlich geht Schäfers Amtszeit bis 2015. Er wird sein Amt jedoch schon 2014 niederlegen, um seine mögliche Wiederwahl am selben Tag wie die der Kommunalwahlen durchführen zu lassen. Das erspart den Bergkamenern zwei getrennte Wahlen und der Stadt so einiges an Geld. Ihm selbst jedoch kann das Geld relativ egal sein. „Aus versorgungsrechtlichen Gründen muss ich nicht weitermachen. Die Ansprüche habe ich bereits alle erreicht. Ich muss nicht mehr kandidieren.“ Aber er will es...

Claudia Behlau